

Rechtspopulistische Parteien in Deutschland

Anna-Sophie Heinze

1. Einleitung

Rechtspopulismus stellt keineswegs ein neues Phänomen dar - weder in Deutschland noch europaweit. Seit über zwei Jahrzehnten erweisen sich hierzulande verschiedene soziale Missstände, die vermeintlich durch nationale oder ethnische Minderheiten verursacht wurden, offene Immigrationsfragen und die beständig geschürte Angst vor fremder Kulturen als ein anhaltend gutes Mobilisierungspotenzial für rechtspopulistische Parteien. Dabei stützen sich die Rechtspopulisten bei ihrer Argumentation vor allem auf die Existenz des eigenen "Volkes", das es zu beschützen gilt und das sich seine politische Macht von dem "korrupten Establishment", der herrschenden Elite, zurückerobern muss. In den letzten Jahren erreichten rechtspopulistische Akteure dabei verstärkt durch ausländerfeindliche und euroskeptische Themen eine breite Öffentlichkeit. Diese wurden inzwischen insofern gesteigert, dass einige Parteien in Deutschland bereits einen strengen antiislamistischen Kurs fahren (zum Beispiel *Die Freiheit* und *pro Deutschland*) oder den Austritt aus der Euro-Zone propagieren (so wie die *Alternative für Deutschland*).

Doch auch in anderen Ländern Europas erzielten Rechtspopulisten in der Vergangenheit beachtliche Wahlerfolge, die teilweise sogar bis zur Regierungsbeteiligung führten, so zum Beispiel Jörg Haider, Silvio Berlusconi und Lech Kaczyński. Immer wieder erregten auch Wahlerfolge, die nicht für die Regierungsbeteiligung ausgereicht haben, für großes Aufsehen, unter anderem durch den *Front National* unter den Le Pens, die Partei *Die Finnen* unter Timo Soini, die *Partei für die Freiheit* unter Geert Wilders und zuletzt durch die *Fünf-Sterne-Bewegung* unter Beppe Grillo. Darüber hinaus finden sich rechtspopulistische und euroskeptische Kräfte mittlerweile auch auf europäischer Ebene zusammen. So haben sich im Europäischen Parlament bereits verschiedene euroskeptische Fraktionen gebildet, zum Beispiel die *Europäische Konservative und Reformisten* (ECR) und die *Europa der Freiheit und der Demokratie* (EFD). Jene sehr heterogenen Fraktionen mobilisieren mit unterschiedlicher

Intensität gegen verschiedene Aspekte der Europäischen Union (vor allem weitere EU-Mitgliedschaften, Stellung nationaler Souveränitätsrechte und Währung).

Oftmals werden die rechtspopulistischen Mobilisierungsthemen jedoch verharmlost, sei es von anderen politischen Parteien, Medien oder von den Populisten selbst. Dabei stellen jene Bewegungen eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie dar, da sie rechtsextreme Argumentationsmuster in die Mitte der Gesellschaft tragen und sie dort etablieren. Aus strategischen Kalkülen versuchen rechtspopulistische Parteien jedoch, sich einerseits von "extremistischen" rechten wie linken Kräften abzugrenzen und sich andererseits als antikorrumpente bürgerliche Kräfte darzustellen. Indem BürgerInnen kontinuierlich an vermeintlich "normale" immigrations- und eurokritische Themen herangeführt werden (ganz nach dem Motto "Das wird man doch wohl noch sagen dürfen"), werden fremdenfeindliche und rassistische Themen "salonfähig" gemacht. Durch die immer stärkere Aufnahme derartiger Themen durch die konservativen Mitte-Rechts-Parteien, die sich vor dem Abwandern ihrer Wählerschaft zu den populistischen Parteien fürchten, macht sich zudem ein "Rechtsruck" im gesamten Parteienspektrum bemerkbar.

Im Folgenden sollen die Mobilisierungsthemen von *Die Freiheit* und *Pro Deutschland*, den zwei einflussreichsten rechtspopulistischen Parteien in Deutschland, sowie der neu gegründeten Partei *Alternative für Deutschland*, deren Einordnung im Parteienspektrum aufgrund ihrer mangelhaften Positionierung zu Themen abseits des Euro noch nicht eindeutig möglich ist, analysiert und verglichen werden. Dadurch wird es in Zukunft möglich sein, konkrete Gefahrenpotenziale zu erkennen und Gegenstrategien zu entwickeln. Im ersten Teil der Arbeit sollen zunächst theoretische Aspekte geklärt werden, das heißt vor allem der Begriff des Rechtspopulismus definiert, seine zentralen Merkmale benannt und eine Abgrenzung zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus vorgenommen werden. Um die dafür grundlegenden Begriffe Volk, Nation und Identität beleuchten zu können, sollen dabei die Annahmen einiger zentraler PopulismusforscherInnen einbezogen werden.

Im zweiten Teil der Arbeit sollen die drei bereits genannten Parteien kurz vorgestellt und anhand ihrer Grundsatz- bzw. Wahlprogramme inhaltlich analysiert werden. Im besonderen

Fokus stehen dabei ihre jeweiligen Positionen zu den Themen (1) Volk, Nation und Identität, (2) Zuwanderung, Integration und Asylrecht, (3) Islam und Islamismus und (4) Europäische Union und Euro. Jene inhaltlichen Forderungen sollen auf ihre Ähnlichkeit zueinander sowie ihre Demokratiefeindlichkeit geprüft werden. Es soll ein Überblick gegeben werden, durch den es abschließend möglich sein wird, Parallelen zu rechtsextremen Parteien sichtbar zu machen und die Gefahr von populistischer Propaganda einschätzen zu können.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

2.1 Begriffliche Annäherung an den Rechtspopulismus

Die Definition des Rechtspopulismus birgt zahlreiche Schwierigkeiten in sich. So ist bereits der Begriff des Populismus heftig umstritten. Seit Jahren wird in der politikwissenschaftlichen Forschung darüber diskutiert, wie er definiert werden kann, ob er eine eigene Parteienfamilie oder gar Ideologie darstellt und welche Parteien unter ihm gefasst werden können. Die Pluralität der begrifflichen Annäherungen und involvierten AutorInnen ist dabei ausufernd, nahezu unüberschaubar (unter anderem Taggart 2000, Decker 2004, Mudde 2004, Hartleb 2011, Bauer 2012, Priester 2012).

In seinem Ursprung beschreibt das Wort "populistisch" die Überraschung darüber, dass "populus" (lat.), "das Volk" bzw. "the people" sich in der öffentlichen Sphäre bemerkbar macht (Dubiel 1986: 34). Bildet man aus den unterschiedlichen Spielarten, die bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt diskutiert worden sind, eine Schnittmenge, so stehen im Zentrum des Populismus die Kritik am korrupten "Establishment", in dessen Hände die Politik geraten sei und der Rekurs auf das einfache, unverfälschte "Volk", das seine Souveränität zurückerlangen müsse. Dementsprechend entwickelte der Populismusforscher Cas Mudde (2004: 543) eine zentrale Definition des Populismus, den er umschreibt als „eine Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, antagonistische Gruppen getrennt ist, das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘, und die geltend macht, dass Politik ein Ausdruck der *volonté générale* oder des allgemeinen Volkswillens sein soll“.

Beim genaueren Hinsehen ist jedoch auch der Begriff des Volkes sehr schwammig. Während einige AutorInnen sogar behaupten, dass dieser lediglich ein rhetorisches Mittel darstelle,

das sich in Wirklichkeit auf keine real existierende Gruppe von Menschen bezöge (ebd.: 545), entwickelte Paul Taggart (2000: 95) den alternativen Begriff "the heartland", der einen Platz beschreibt, „in which, in the populist imagination, a virtuous and unified population resides“. Mit *heartland* bezeichnet Taggart demnach eine rückwärtsgewandte Utopie einer romantisierenden, unhistorischen und idealen Welt wie „Middle America“, für die im Deutschen der Begriff „Lebenswelt“ steht (Priester 2012: 5).

Auf der Basis dieses ideologischen Minimums, das auf der Gegenüberstellung von Volk und Elite beruht, zeichnet sich der Populismus durch eine große programmatische Flexibilität aus. Zwar wirkt er dadurch gewissermaßen unscharf, doch kann der Populismus dies auch als einen entscheidenden Vorteil für sich verbuchen, und zwar indem er sich ständig an neue Bezugssysteme anpassen kann. Auf die Frage hin, ob Populismus selbst eine Ideologie darstellt, antwortet Cas Mudde (2004: 544), der Populismus sei eine "thin-centred ideology". Demzufolge ließe er sich durch seinen schlanken programmatischen Kern leicht mit anderen Großideologien kombinieren (zum Beispiel Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus).

Über eine Definition hinausgehend zählt Karin Priester (2012: 4f.) konstitutive Merkmale auf, die den Populismus kennzeichnen: (1) Berufung auf den *common sense*, (2) Anti-Elitarismus, (3) Anti-Intellektualismus, (4) Antipolitik, (5) Institutionsfeindlichkeit und (6) Moralisierung, Polarisierung sowie Personalisierung der Politik. Dabei bezeichnet Priester die Berufung auf den *common sense* als das Grundaxiom. Aus populistischer Sicht ist der „gesunde Menschenverstand“ dem Reflexionswissen von Intellektuellen überlegen, weil er auf konkreter, lebensweltlicher Erfahrung beruht und noch einen unverfälschten Zugang zu Recht und Wahrheit hat. Weiterhin richtet sich der Populismus gegen die angebliche Bevormundung der jeweils herrschenden Elite. Das geschieht in einem instrumentellen Sinn, das heißt mit dem Ziel, eine neue, moralisch überlegene Elite (das unverfälschte Volk) aufsteigen zu lassen. Zudem beschreibt die sogenannte "Antipolitik", dass Populisten vor allem bildungsferne, unpolitische Teile der Bevölkerung mobilisieren, die Politik für ein „schmutziges Geschäft“ halten. Dies wird ebenso durch die Berufung auf den *common sense* bedingt wie durch die Institutionsfeindlichkeit des Populismus. So fordern Populisten eine ungefilterte politische Willensartikulation und lehnen intermediäre Organe als Instrumente

der „Bevormundung“ prinzipiell ab. Schließlich beschreibt auch die Moralisierung von Politik jenes Volk, das sich moralisch überlegen fühlt und sich daher gegen die korrupte, doppelzüngige, eigennützige und arrogante Elite (ganz unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung) erhebt.

Beim Blick auf den schwammigen Populismusbegriff, der die Bezeichnung "populistisch" bei einer Vielzahl von Erscheinungen zulässt, wird deutlich, warum eine wissenschaftliche Verwendung des Begriffes voraussetzt, dass populistische Erscheinungen in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Hinsicht eingegrenzt werden. Eine ebensolche Konkretisierung erfüllt laut Decker (2006: 12) zum Beispiel der Begriff des (neuen) *Rechtspopulismus*. Er bezieht sich auf Parteien und Bewegungen rechter politischer Orientierung, die in den westlichen Demokratien seit Mitte der achtziger Jahre entstanden sind und ihren Durchbruch erzielt haben. Weitere Eingrenzungen bieten zum Beispiel die Begriffe *Nationalpopulismus* und *Linkspopulismus*, die sich auf andere Bezugssysteme beziehen. Die Vielseitigkeit des Populismusbegriffes setzt schließlich voraus, dass der Rechtspopulismus möglichst genau von den anderen Ausprägungen des Populismus sowie vom Rechtsextremismus abgegrenzt wird.

2.2 Abgrenzung und Merkmale des Rechtspopulismus

Zuallererst spielt bei der grundsätzlichen Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulismus das Selbstverständnis der jeweiligen Parteien eine entscheidende Rolle. Während der Linkspopulismus laut Priester (2012: 3) durch Partizipation und Ressourcenverteilung die *Inklusion* unterprivilegierten Bevölkerungsschichten anstrebt, betreibt der Rechtspopulismus die *Exklusion* von Menschen („Sozialstaatschmarotzern“, Immigranten, ethnischen Minderheiten) und reserviert politische und soziale Teilhaberechte nur für die eigene, autochthone Bevölkerung. In der rechtspopulistischen Denkweise wird somit eine klare Differenzierung zwischen *Ingroup* und *Outgroup* vorgenommen (Schönfelder 2008: 27). Der scheinbar ethnisch wie national homogenen *Eigengruppe* werden eine oder mehrere *Fremdgruppen* gegenübergestellt, die von (einem Teil) der Bevölkerung als bedrohlich wahrgenommen wird und für eine Reihe von Problemen als

Sündenböcke dienen. Als "Fremde" gelten dabei insbesondere Ausländer, Aussiedler und Asylbewerber, aber auch gesellschaftliche Randgruppen gleicher ethnischer Herkunft so wie Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose, Obdachlose oder Homosexuelle. Beide Fremdgruppen stellen für Rechtspopulisten ein unterschätztes und von den etablierten Parteien verharmlostes Bedrohungspotenzial für die soziale und öffentliche Sicherheit der "anständigen" BürgerInnen (dem eigenen Volk bzw. der Ingroup) dar.

Demnach sehen Rechtspopulisten ihre eigene national, regional oder ethnisch definierte "kulturelle Identität" von der gesellschaftlichen Modernisierung, supranationalen politischen Institutionen und soziokultureller wie -ökonomischer Globalisierung bedroht und wollen sie dementsprechend verteidigen (Frölich-Steffen/ Rensmann 2005: 7). Gemäß dieser protektionistischen Haltung geben sich rechtspopulistische Parteien in der Regel auch globalisierungskritisch, was in ihren meist skeptischen bis ablehnenden Positionen bezüglich der europäischen Integration zum Ausdruck kommt (Bachmann 2006: 218). Auch richtet sich ihre Argumentation oft gegen die Europäische Union an sich, welche sie als ein bürgerfernes, bürokratisches "Ungetüm" und eine Gefahr für die eigene nationale Souveränität betrachten.

Dieses Ziel, das heißt der Erhalt der kollektiven nationalen Identität, kann jedoch nicht als Alleinstellungsmerkmal des Rechtspopulismus betrachtet werden, denn oftmals gehen solche populistischen Mobilisierungen auch mit ökonomisch und gesellschaftlich explizit "linken" Positionen einher. Zum Teil werden Parteien mit einer starken Fokussierung auf die Themen nationale Souveränität und Identität auch dem *National*populismus zugeordnet. Dieser Begriff durchbricht zum einen das theoretische Rechts-Links-Schema zur Verortung von Parteien und zeigt zum anderen, dass populistische Akteure auf der inhaltlichen Ebene vereint sein können. Trotz dessen halten es zahlreiche AutorInnen (wie Hartleb 2004, Reisigl 2005, Priester 2012) noch immer für sinnvoll, zwischen den verschiedenen Ausprägungen des Populismus zu unterscheiden. So lassen sich zwischen dem Rechts- und Linkspopulismus zum Beispiel deutliche Unterschiede bezüglich ihrer Verhältnisse zu nationalsozialistischer und faschistischer Vergangenheit, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und

ihrer Haltung zum (Wohlfahrts-)Staat (besonders zu Sozial- und Migrationspolitik) erkennen (Reisigl 2005: 55).

Darüber hinaus lassen sich rechtspopulistische Parteien auch von rechtsextremen Parteien unterscheiden. Obgleich sich zahlreiche inhaltlich-ideologische und strukturelle Überschneidungen ausfindig machen lassen und manche AutorInnen den neuen Rechtspopulismus als „Rechtsextremismus light“ (Ignazi 2003: 83ff.) bezeichnen, können diese Phänomene nicht ohne Weiteres gleichgesetzt werden. So ist die ("dünne") Ideologie rechtspopulistischer Parteien beispielsweise weniger geschlossen und flexibler als die rechtsextremer Parteien (Decker 2004: 32). Deutlich wird dies vor allem im Hinblick auf die Position zum demokratischen politischen System (eher Anti-Establishment und Anti-Etatismus als Anti-Systemorientierung) und in der politisch-strategischen Ausrichtung (eher Differenzierung innerhalb des politischen Systems als Abgrenzung vom demokratischen politischen System) (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 9). Rechtspopulistische Parteien üben demnach Kritik am Liberalismus bzw. Konstitutionalismus sowie an den Institutionen und Praktiken repräsentativer Demokratie, sind aber im Gegensatz zu rechtsextremen Akteuren nicht grundsätzlich außerhalb des demokratischen politischen Spektrums zu verorten. Dahingegen bildet der Rechtsextremismus im theoretischen Sinne einen Gegen- oder Abgrenzungsbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat (Hartleb 2004: 112). Zudem verneint er das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit, zeigt sich aggressiv gegenüber ethnischen Minderheiten und definiert sein Weltbild nach rassistischen Maximen. Im Gegensatz dazu lassen sich inhaltliche, politische und ideologische Kriterien wie Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz gegen jegliche Minderheiten und gewaltsame Methoden der Konfliktlösung nur in den seltensten Fällen mit dem Rechtspopulismus in Verbindung bringen (Bayer 2002: 266).

2.3 Strukturelle und kommunikationsstrategische Aspekte des Rechtspopulismus

Beim Blick auf die Organisationsstruktur rechtspopulistischer Parteien fällt auf, dass jene Parteien in den meisten Fällen auf eine einzige Führungsperson ausgerichtet sind (wie Andrzej Lepper, Geert Wilders oder Beppe Grillo). Jene Führungspersonen werden oftmals

mit den Attributen charismatisch, eloquent, exzentrisch und teilweise sogar narzisstisch beschrieben (Jungwirth 2002: 17). Zwar entsteht so ein risikoreiches Abhängigkeitsproblem der Partei (nämlich wenn der "Führer" wegfällt, so wie in den Niederlanden nach dem Mord an Pim Fortuyn), doch verbirgt sich in dieser personalisiert-autoritären Struktur auch eine entscheidende Stärke: Wenn die Attraktivität des Rechtspopulismus auf der Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens beruht, so liegt es nahe, jenen Volkswillen bzw. die "Stimme des Volkes" durch eine einzelne Person zu vertreten (Decker 2004: 34f.).

Somit kann auch der Politikstil rechtspopulistischer Akteure als personalisierend bezeichnet werden. Er ist auf die Selbstinszenierung des Parteiführers im Spiel mit der Mediendemokratie und auf populäres Agenda Setting ausgerichtet (Frölich-Steffen/Rensmann 2005: 11). Rechtspopulisten nutzen dabei griffig-parolenhafte, teils demagogische und simplifizierende Deutungsmuster, die auf die Polarisierung von politischen Diskursen zielen. Diese schließen auch Provokationen sowie Tabubrüche ein und gestalten sich demnach meist fernab jeglicher politischer Korrektheit. Typische Mittel sind neben der Emotionalisierung und Angstmache (zum Beispiel durch das Bedienen von Verschwörungstheorien) auch das Setzen auf *common sense*-Argumente und das Anbieten "einfacher Lösungen" (Decker 2004: 35f.). Jedoch kann dieser populistische Kommunikationsstil nicht nur bei rechtspopulistischen Parteien beobachtet werden, sondern auch bei Parteien anderer Couleur. Auch diese haben dessen öffentliche Wirksamkeit erkannt und nutzen ihn, um auf ihre Themen und sich selbst aufmerksam zu machen. Mit der Vereinfachung komplexer politischer Diskurse und der Reduktion auf einfache Lösungsansätze zielen sie dabei auch auf die Ansprache vermeintlich politisch desinteressierter BürgerInnen ab (so wie die AfD mit ihrer "Raus aus dem Euro"-Propaganda). Demnach kann Populismus nicht nur als Politikstil, sondern auch als Mobilisierungsstrategie verstanden werden (Hartleb 2011: 19).

Zur Erreichung einer breiten Öffentlichkeit sind die Rechtspopulisten dabei auch zunehmend auf die mediale Berichterstattung angewiesen. So gelten die Medien heute als ihr wichtigstes Sprachrohr oder gar "Lebenselixier" (Jungwirth 2002: 17f.). Es ist dabei nahezu marginal, ob sich die BerichterstatterInnen kritisch zu den populistischen Positionen äußern

oder sie gar vehement ablehnen. Vielmehr lässt sich der Bekanntheitsgrad der Rechtspopulisten kontinuierlich steigern, sofern deren Aussagen nur provokant genug ausfallen und Aufmerksamkeit erreichen. Daher gehen beide Seiten gewissermaßen eine Symbiose ein (Mudde 2007: 249). Während für die Populisten der "mediale Liebesentzug", das heißt ignoriert und totgeschwiegen zu werden, das wohl schlimmste Übel ist, sind auch die Medienunternehmen bezüglich ihrer Einschaltquoten bzw. ihrem Absatz auf die permanenten Tabubrüche der Populisten angewiesen. Darüber hinaus verfügen rechtspopulistische Parteien oftmals auch über eigene Medienkanäle, seien es Radiosender, Zeitungen oder Blogs, mit denen sie ihre Mobilisierungsthemen kontinuierlich an die Öffentlichkeit tragen (zum Beispiel der polnische Sender *Radio Maryja*, der die rechtspopulistische Partei *Liga Polnischer Familien* im Wahlkampf wesentlich unterstützte oder der Blog *Politically Incorrect*, der regelmäßig über *Die Freiheit* berichtet).

3. Rechtspopulistische Parteien in Deutschland: Die Freiheit, pro Deutschland - Alternative für Deutschland?

3.1 Entstehung, Profil und Selbstverständnis

Basierend auf diesen theoretischen Grundannahmen sollen nun folgende Parteien auf ihre Selbstdarstellung und Zielsetzungen untersucht werden: *Die Freiheit, Pro Deutschland, Alternative für Deutschland*. Sie stellen gegenwärtig die zentralen (rechts-)populistischen Kräfte in Deutschland dar (wenn auch die AfD bisher nicht als eindeutig rechtspopulistische Partei eingestuft werden kann). Ihre Bedeutung erschließt sich aus den zahlreichen Landesverbänden, die sie jeweils vorweisen können, und deren lokalen Aktivitäten - nicht unbedingt aus ihrer politischen Repräsentation. So blieben *Die Freiheit* und *Pro Deutschland* bei allen Wahlen, an denen sie bisher teilnahmen (zum Beispiel Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011), unter der erforderlichen Fünf-Prozent-Hürde. Dennoch erreichten ihre politischen Forderungen meist große öffentliche und mediale Aufmerksamkeit.

Die Freiheit wurde am 28. Oktober 2010 in Berlin gegründet. Ihr Gründer und Parteivorsitzender René Stadtkewitz war bis zu seinem Engagement gegen den Moscheebau in Berlin-Pankow Abgeordneter der CDU. Zudem engagierte es sich in der 2008 gegründeten

Bürgerbewegung Pax Europa (BPE), deren stellvertretender Bundesvorsitzender er noch heute ist. Auf ihrer Internetseite verkündet die BPE, sie stünde "im Widerstand gegen die Islamisierung Deutschlands und Europas" und habe sich zur Aufgabe gestellt, "der schleichenden Islamisierung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken" sowie die "Freiheit und Demokratie gegen eine faschistoide Ideologie [Anm. d. Verf.: den Islam] zu verteidigen"¹. Aufgrund jener Tätigkeiten wurde Stadtkewitz im Herbst 2009 aus der CDU ausgeschlossen, blieb jedoch vorerst weiterhin Mitglied der Fraktion. Aus dieser wurde er schließlich im Folgejahr ausgeschlossen, nachdem er Geert Wilders zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen hatte und dessen islamkritische Positionen lautstark vertrat (Fuchs/ Kolb 2010). Die daraufhin ins Leben gerufene Partei *Die Freiheit* bezeichnet sich auf ihrer Homepage als "eine junge, wertkonservative Partei neuen Typs", deren erklärtes Ziel "der Schutz der Bürgerrechte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen totalitäre Ideologien"² ist. Weiterhin heißt es: "Wir wollen Politik wieder ehrlich, verbindlich und bürgernah machen, um so zu wahrer Demokratie zurückzufinden. Entscheidungen gegen den Mehrheitswillen des Volkes lehnen wir ab." Bereits dieses Selbstverständnis legt nahe, dass es sich bei *Die Freiheit* um eine typisch rechtspopulistisch argumentierende Partei handelt, die ihre Daseinsberechtigung mit dem Kampf um die Rückgewinnung eines angeblich existierenden einheitlichen Volkswillens und der zerstörten "wahren Demokratie" begründet.

Heute kann die Partei 14 Landesverbände vorweisen, unter anderem *Die Freiheit - Berlin* und *Die Freiheit - Nordrhein-Westfalen*. Als wohl wichtigster Kommunikationskanal dient der Partei der Internetblog *Politically Incorrect* (PI). Dieser wurde 2004 von Stefan Herre ins Leben gerufen und wird heute unter anderem von Michael Stürzenberger, Landesvorsitzender von *Die Freiheit - Bayern*, zur islamfeindlichen Propaganda genutzt. In ihren Leitlinien richtet sich auch PI gegen die "schleichende Islamisierung" Deutschlands und "den damit einhergehenden Verlust unserer durch das Grundgesetz gesicherten

¹ O.V. (2013a): Zur Geschichte von 'Bürgerbewegung Pax Europa', in: *Bürgerbewegung Pax Europa*, online: <http://buergerbewegung-pax-europa.de/verein/geschichte.php> (13.06.2013).

² O.V. (2013b): Über uns, in: *Die Freiheit*, online: <http://diefreiheit.org/home/uber-uns/> (13.06.2013).

Grundrechte"³. So heißt es weiter: "Längst haben die Prinzipien islamischen Denkens die Ghettos verlassen und beeinflussen nicht nur das Denken und Fühlen von uns Bürgern, sondern - sogar noch ausgeprägter - die Medien und Politik." Anhand dieser Aussagen wird die rechtspopulistische Denk- und Argumentationslogik des Blogs nur allzu deutlich. Dessen Betreiber verstehen sich als selbsterklärte Heilbringer, die vermeintlich mit der "Stimme des Volkes" sprechen, im Kampf für die Freiheit und die "wahre" Demokratie und gegen das korrupte, verblendete Establishment und fremde Kulturen und Werte.

Das Gründungsdatum der zweiten zu analysierenden Partei, *pro Deutschland*, ist auf den 20. Januar 2005 datiert. Sie entsprang dem Verein *pro Köln* und ist heute Teil der *Pro-Bewegung*. Zu jenem Dachverband gehört auch *pro Berlin*, der bisher einzige Landesverband von *pro Deutschland*, sowie zahlreiche selbsternannte Bürgerbewegungen (neben *pro Köln* und *pro NRW* zum Beispiel auch *pro München* und *pro Arnstadt*). Zum Bundesvorsitzenden wurde Manfred Rouhs gewählt, der in der Vergangenheit durch verschiedene Tätigkeiten im rechtsextremen Milieu auffällig geworden ist. So war er zum Beispiel Vorsitzender der *Jungen Nationaldemokraten* in NRW. Bis heute ist er Publizist und Herausgeber rechter Zeitschriften (wie *Signal* und *nation24*) und Musik (Rechtsrock verschiedener Skinhead-Bands, Wehrmachtslieder etc.). Neben ihm waren auch zahlreiche andere pro-Funktionäre in ihrer Vergangenheit in der rechtsextremen Szene aktiv, zum Beispiel Alexander Schlesinger, Spitzenkandidat in Berlin-Mitte und ehemaliger NPD-Aktivist, und Miko Schmidt, Bundesvorstand von *pro Deutschland* und früherer NPD-Landtagsabgeordneter.

Auf ihrer Homepage bezeichnet sich *pro Deutschland* als "die demokratische Alternative zu Schwarz und Rot" und als "keine politische Vereinigung wie alle anderen"⁴. Nach eigenen Angaben positioniert sie sich dabei "eindeutig innerhalb des demokratischen Spektrums". Zudem wird auf der Internetseite en détail erklärt, wie ein jeder Kreisverband von *pro Deutschland* zu konzipieren und organisieren sei. In der Beschreibung, die eher wie eine Bastelanleitung klingt, heißt es unter anderem:

³ O.V. (2013c): Leitlinien, in: *Politically Incorrect*, online: <http://www.pi-news.net/leitlinien/> (14.06.2013).

⁴ O.V. (2013e): Konzept, in: *Bürgerbewegung pro Deutschland*, online: http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (18.06.2013).

"Wir müssen unsere Mitbürger ansprechen und sie mit unseren Vorstellungen vertraut machen. Dazu ist es zunächst nötig, die richtigen Themen zu finden. [...] Die Themensuche ist das Alpha und Omega unserer Arbeit. Wir werden also unsere Augen und Ohren offen halten, und zumindest ein Mitglied des Kreisverbandes wird die größte regionale Tageszeitung abonnieren und deren Berichterstattung sorgfältig verfolgen. Zu den für uns interessanten Bereichen Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit sollen jeweils aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen."

Das typische Selbstverständnis rechtspopulistischer Parteien, der Erretter des Volkes zu sein, welcher mit der "Stimme des Volkes" die von den etablierten Parteien vertuschten bzw. verharmlosten Themen aufgreift (insbesondere vermeintliche Gefahren, die von MigrantInnen ausgehen), findet sich demnach auch bei *pro Deutschland* wieder. In dem Programm der Partei heißt es ganz ähnlich: "Die Unzufriedenheit im Volke wächst. Längst sind es die meisten Deutschen leid, von der Politik an der Nase herumgeführt zu werden." Die Anti-Establishment-Haltung der Partei wird zudem durch Aussagen wie die folgende bestärkt: "Nicht die Ausländer sind unsere Gegner, sondern unsere eigenen deutschen Politiker, die eine verfehlte Ausländerpolitik betreiben!"

Die *Alternative für Deutschland* ist die jüngste der zu betrachtenden Parteien, sie wurde erst am 6. Februar 2013 gegründet. Auf ihrer Homepage rühmt sie sich "als Garant für die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Landes"⁵. Aufgrund ihrer anfänglich einzigen thematischen Forderung, den Euro abzuschaffen, finden sich in den Medien teilweise auch die Begriffe "Anti-Euro-Partei" und "Protestpartei" wieder. Weitere inhaltliche Positionen kamen erst später und mit dem wachsenden Druck der anstehenden Bundestagswahl hinzu. Auffällig ist, dass sich unter den Mitgliedern der Partei sehr viele (Volkswirtschafts- und Finanzwissenschafts-)Professoren und Pensionäre befinden. Ersteres trifft auch auf Bernd Lucke zu, der den "Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013", auf dessen Basis die AfD später aufgebaut wurde, mitgegründet hatte und heute neben Konrad Adam und Frauke Petry gewählter Parteisprecher ist. Lucke ist Professor für Makroökonomie an der

⁵ O.V. (2013h): *Alternative für Deutschland*, online: <https://www.alternativefuer.de/de/> (28.06.2013).

Universität Hamburg und war 33 Jahre lang Mitglied in der CDU, die er jedoch 2011 wegen deren Euro-Rettungspolitik verließ.

Auch aus anderen Parteien sind enttäuschte Mitglieder zur AfD übergewechselt, zum Beispiel Jochen Paulus, hessischer FDP-Landtagsabgeordnete, und Beate Prömm, stellvertretende Landesvorsitzende der Piratenpartei Bremen. Darüber hinaus befinden sich unter den Vorsitzenden der 16 Landesverbände der AfD auch ehemalige Mitglieder von *Die Freiheit*, beispielsweise Rainer van Raemdonck und Thomas Jung, die heute sogar zum Vorstand des Brandenburger Landesverbandes gehören. Auch Einzelpersonen wie Wolfgang Hübner, Fraktionschef der komplett zur AfD gewechselten Fraktion "Freie Wähler Frankfurt", sind in der Vergangenheit durch verschiedene rechtspopulistische und verharmlosende Äußerungen aufgefallen. So polemisierte Hübner beispielsweise in Bezug auf die NSU-Morde, "Politiker aller Couleur beschwören ohne Unterlass Entsetzen über Mordtaten, die von zwei oder drei Menschen unter 82 Millionen begangen wurden" (Hübner 2012). Diese Taten seien zwar "verabscheuungswürdig[e]", doch würden sie "von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise genutzt, um vom Staat zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern".

Trotz des tendenziell "rechten" Untertons in ihrer Argumentation lässt sich die AfD nur unter Vorbehalt als rechtspopulistisch einstufen. Aufgrund ihrer inhaltlichen Fokussierung auf die Rückbesinnung auf nationale Souveränitätsrechte, die Auflösung des Euro-Währungsgebietes und die Stärkung möglichst kinderreicher Familien kann sie zum Teil auch als nationalistisch, wirtschaftsliberal und wertkonservativ bezeichnet werden. Gerne grenzt sich die AfD selbst auch von jeglichen Varianten der Parteizuordnung im politischen Spektrum ab und stellt sich als "Partei neuen Typs" dar. Ihr Wahlprogramm macht dies bis dato möglich, da es viele Lücken und Spielraum für Auslegungen zulässt. Dennoch ist der populistische Stil der AfD, den sie nutzt, um ihre politischen Forderungen zu kommunizieren, nicht zu übersehen.

3.2 Mobilisierungsthemen

Um die politischen Themensetzungen dieser drei Parteien auf ihre rechtspopulistische Tragweite überprüfen zu können, sollen ihre inhaltlichen Positionen bezüglich (1) Volk, Nation und Identität, (2) Zuwanderung, Integration und Asylrecht, (3) Islam und Islamismus und (4) Europäische Union und Euro genauer betrachtet werden. Hierfür werden die folgenden Grundsatz- bzw. Wahlprogramme der jeweiligen Parteien genutzt:

O.V. (2013d): *Grundsatzprogramm 2.0. Die Freiheit. 23.02.2013. Kurzversion*, online: <http://diefreiheit.org/home/wp-content/uploads/2013/03/Grundsatzprogramm-2.0-Endversion-1.pdf> (14.06.2013).

O.V. (2013f): *Bürgerbewegung pro Deutschland. Programm*, online: <http://www.pro-deutschland-online.de/images/programm.pdf> (18.06.2013).

O.V. (2013g): *Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013*, online: <https://www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf> (25.06.2013).

Dabei verzichtet die Analyse im Folgenden auf eine ausführliche Zitation und gibt lediglich Hinweise auf die entsprechenden Seitenzahlen der pdf-Dokumente, die auf den jeweiligen Internetseiten zum Download verfügbar sind.

3.2.1 Volk, Nation und Identität

Das vermeintlich homogene "Volk", dessen Existenz und Rechte es zu beschützen gilt, findet zwar in allen drei Programmen Erwähnung, doch längst nicht mit derselben Intensität. Die stärkste diesbezügliche Ausrichtung kann in dem Programm von *Die Freiheit* nachgewiesen werden. In diesem hält die Partei bereits an erster Stelle fest:

"Wie jeder Mensch eine persönliche Identität hat und benötigt, so trifft dies auch auf ein Volk zu. Die aus der christlich-jüdischen Kultur erwachsenen Traditionen und Werte sind es, die jedem darin lebenden Individuum Orientierung und Halt geben und der Gemeinschaft den nötigen Zusammenhalt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese traditionelle deutsche Identität gestärkt wird." (S. 7)

Im Sinne dieser "traditionellen" bzw. "kollektiven" deutschen Identität beharrt *Die Freiheit* beispielsweise auch auf einer Verfassung für Deutschland, in der die "deutsche[n] Sprache

als einzige Landessprache" festgeschrieben ist. Diese Forderung beruht auf der Vorstellung, Völker könnten wie biologische Organismen sterben, wenn ihre einzelnen Identitätsmerkmale (wie zum Beispiel Sprache oder Hautfarbe) verdrängt werden, und erinnert demnach stark an das völkische Denken der Nationalsozialisten. Vor hier aus gedacht ist auch die Überzeugung, es gebe menschliche Rassen, nicht mehr fern (Buschbom 2011: 8). So ist das von Rechtspopulisten oft verwendete Argument der "schleichend bedrohten Kultur" dem der "sterbenden Rassen" zum Verwechseln ähnlich - es *klings* nur weniger rassistisch.

Weiterhin fordert *Die Freiheit* die "Rückkehr zu einem positiven Patriotismus, der andere Nationen einschließt und nicht ausgrenzt, der Stolz auf das Heimatland zulässt, sich aber nicht über andere Nationen erhebt" (S. 7). Nur so könne "eine starke Solidargemeinschaft wachsen" und "zugewanderte Menschen eingeladen werden, sich mit Deutschland zu identifizieren". Mit dieser vermeintlichen Befürwortung eines friedlichen Nebeneinanders heterogener Nationen und der Akzeptanz von Zuwanderern versucht sich *Die Freiheit* schon frühzeitig vor dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit zu schützen und sich von rechtsextremen Kräften abzugrenzen. Wie für rechtspopulistische Parteien typisch möchte sie damit Stimmen aus der "Mitte der Gesellschaft" für sich gewinnen.

Auf ähnliche Weise thematisiert auch *pro Deutschland* die Priorität des eigenen Volkes bereits in der Präambel ihres Programmes. Die Partei versteht sich dabei "als politische Vereinigung von Menschen, die den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren wollen" (S. 1). In aller Deutlichkeit heißt es weiter:

"Vor allem die multikulturelle Politik der Altparteien fordert unseren Widerspruch heraus. Zur Entscheidung steht, ob die Zukunft der Menschheit den multinationalen Konzernen gehört, die regionale Kulturen einebnen und den einzelnen zu einem kleinen Rad in ihrem gewaltigen ökonomistischen Getriebe herabdegradieren, oder den Völkern, die über Nationalstaaten handlungsfähig werden und die demokratische Teilhabe des Individuums an seinem Schicksal erst ermöglichen. Die Altparteien haben sich für die Interessen der Globalisierer entschieden."

Dabei versteht sich *pro Deutschland* offenkundig als *die* Partei, die sich im Gegensatz zu allen anderen *mit* dem Volk *für* das Volk und für die nationalen Interessen einsetzt. Vor diesem Vorwand ruft sie das Volk auch zum "Aufstand der Vernunft" auf und bedient sich somit einem weiteren Begriff, der fest in die rechtspopulistische Vorstellungswelt verankert ist. So argumentieren Rechtspopulisten gemeinhin, dass nur das einfache, ehrliche Volk rational urteilen und durch seine von Natur aus gegebene, unverfälschte *Vernunft* Recht und Wahrheit erkennen könne.

Im Gegensatz dazu wird dem Volk bzw. der Nation im Wahlprogramm der *Alternative für Deutschland* nur indirekt eine Bedeutung auferlegt. So thematisiert die Partei nicht etwa die vermeintliche nationale Identität, sondern die politischen Mitbestimmungsrechte der BürgerInnen, die es zu stärken gilt. In ihrem Programm fordert sie "mehr direkte Demokratie, auch in den Parteien. Das Volk soll den Willen der Parteien bestimmen, nicht umgekehrt." (S. 2) Daher sollen auch "Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild" eingeführt werden. Was die AfD jedoch genau unter "dem Volk" versteht, das heißt wer zu diesem dazugehört und nach wem sich die politischen Parteien richten sollen, bleibt in dem Programm jedoch ebenso ungeklärt wie die Frage, wer die direktdemokratischen Mitbestimmungsrechte nutzen darf.

3.2.2 Zuwanderung, Integration und Asylrecht

Am ausführlichsten positionieren sich alle drei Parteien zu Fragen der Immigration. So fordert *Die Freiheit* gleich zu Anfang "einen Zuwanderungsstopp, mindestens bis zur Lösung der vorhandenen Integrationsprobleme, die insbesondere die Zuwanderung aus islamisch geprägten Ländern gebracht hat. Spitzenkräfte sollen davon ausgenommen sein." (S. 16) Zudem müssen alle Personen für ihre Einwanderung im Rahmen des Familiennachzugs "ausreichende Sprachkenntnisse" und "grundlegendes Wissen über die deutsche Kultur und Gesellschaft" nachweisen können. Ihre Sozialhilfe soll auf zehn Jahre gesperrt werden. Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, seien "konsequent in ihre Herkunftsländer abzuschieben". Zudem müsse stärker gegen den Missbrauch des Asylrechts, welches *Die Freiheit* Menschen, die durch Kriege oder Verfolgung bedroht sind, theoretisch

zugesteht, vorgegangen werden. Die Integration betrachtet die Partei als "eine von Zuwanderern zu erbringende Mindestleistung" bzw. "eine Bringschuld", das heißt dass die Kosten für die Integration vollständig von den Zuwanderern getragen werden sollen (ebd.). Im Falle der "Missachtung und Integrationsverweigerung" (zum Beispiel durch Nichtbeherrschung der deutschen Sprache, Nichteinbringung auf dem Arbeitsmarkt, Ablehnung der rechtlichen Grundlagen Deutschlands, Verachtung der deutschen Kultur etc.) fordert die Partei die "Ausweisung und Abschiebung" der jeweiligen Personen (S. 18). Zudem seien auch "Zuwanderer, die aufgrund erheblicher Straftaten ihre Aufenthaltserlaubnis oder die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, [...] zwingend auszuweisen". Ähnlich strenge Regelungen sollen auch für das Aufenthaltsrecht eingeführt werden. So fordert *Die Freiheit*, jede neu erteilte Aufenthaltserlaubnis in den ersten sechs Jahren jährlich zu prüfen und jede Aufenthaltserlaubnis bei Straftaten im Falle einer Verurteilung auf Dauer zu entziehen (S. 17). Die Einbürgerung steht für die Partei "am Ende eines Assimilationsprozesses" (ebd.). Unter Assimilation versteht sie dabei "die ökonomische, kulturelle und mentale Anpassung an die Grundlagen unserer Gesellschaft zur Erreichung gleicher Lebenschancen". Eine doppelte Staatsbürgerschaft lehnt sie ab (ebd.).

Pro Deutschland hält in Bezug auf ihre angestrebte "Ausländerpolitik" gleich zu Anfang fest: "Deutschland darf kein Einwanderungsland werden." (S. 1) Die Politik müsse "endlich bereit sein, aus dem Scheitern der 'multikulturellen Gesellschaft' Konsequenzen zu ziehen". In den Augen der Partei bedeutet dies ähnlich wie bei *Die Freiheit*, dass alle Ausländer, die auf Dauer in Deutschland wohnen möchten, die deutsche Sprache erlernen und die deutsche Kultur achten müssen. Von denjenigen Ausländern, "die hartnäckig integrationsunwillig oder -unfähig sind und/ oder unsere Sozialsysteme dauerhaft ausnutzen", müsse jedoch "eine Trennung in Freundschaft" erfolgen. Weiterhin gehörten auch "ausländische Straftäter, die das deutsche Gastrecht missbrauchen, [...] nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben", wobei ihnen darüber hinaus "die erneute Einreise nach Deutschland lebenslang verweigert werden" soll (ebd.). Darüber hinaus fordert auch *pro Deutschland* die Straffung des Asylverfahrens (ebd.).

Unter dem Punkt "Integrationspolitik" hat auch die *Alternative für Deutschland* bereits ihre Vorstellungen bezüglich einer "Neuordnung des Einwanderungsrechts" konkretisiert (S. 4). Im Gegensatz zu den anderen beiden Parteien liefert sie diesbezüglich sogar einen konkreten Änderungsvorschlag: die Einführung eines Einwanderungsgesetzes "nach kanadischem Vorbild". Jenes Modell stützt sich auf ein Punktesystem, bei dem den Einwanderern Punkte je nach Bildungsstand, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter, Anpassungsfähigkeit und einem bestenfalls festen Stellenangebot gegeben werden. Mit diesem System sollen möglichst hoch qualifizierte Fachkräfte erreicht werden. Vonseiten der AfD heißt es weiterhin: "Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden." Zudem fordert sie, dass auch "ernsthaft politische Verfolgte [...] in Deutschland Asyl finden" müssen (ebd.). "Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehört auch, dass Asylbewerber hier arbeiten können." Ob diese jedoch auch nach dem kanadischen Modell behandelt werden sollen, lässt das Programm der AfD offen.

Insgesamt fällt auf, dass die Zielsetzungen aller drei Parteien den Eindruck erwecken, Zuwanderung stelle in erster Linie ein Problemfaktor dar, auf den die meisten gesellschaftlichen Missstände und Probleme zurückgeführt werden könnten (Buschbom 2011: 11). Einschübe wie im Programm von *Die Freiheit* ("Integrationsprobleme, die insbesondere die Zuwanderung aus islamisch geprägten Ländern gebracht hat") untermauern dieses Bild mit aller Deutlichkeit. Darüber hinaus verstoßen die Forderungen zum Teil sogar gegen das Grundgesetz, zum Beispiel jene, Zuwanderern bei Straftaten die deutsche Staatsbürgerschaft wieder zu entziehen (ebd.: 15). So heißt es in Art. 16 Abs. 1 GG eindeutig: "Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden." Schließlich ist festzuhalten, dass die untersuchten Parteien in ihrer Darstellung, Zuwanderer seien tendenziell integrationsunwillig, ausbeuterisch und kriminell, geeint sind - auf die entsprechende Ähnlichkeit zu nationalsozialistischer Propaganda muss an dieser Stelle nicht explizit verwiesen werden.

3.2.3 Islam und Islamismus

Wenn auch nicht im Parteiprogramm der AfD, wohl aber in den jeweiligen Programmen von *Die Freiheit* und *pro Deutschland* lassen sich anti-islamistische Positionen finden. Die nachfolgend vorgestellten Forderungen können als brisante Steigerungsform klassisch-rechtspopulistischer Positionen betrachtet werden. So unterscheiden die Parteien keineswegs nur zwischen "eigener" und "fremder" Nation wie zuvor behauptet (s. 3.2.1), sondern werten "nicht-nationale" Kulturen im höchsten Maße ab. Durch ihre inhaltliche Fokussierung auf die vermeintliche "Islamisierung" Deutschlands und "religiöse Fanatiker" wird der Eindruck erweckt, alle Muslime seien Extremisten und eine Gefahr für die Sicherheit im eigenen Land. Es ist evident, dass durch solche Äußerungen abermals die Angst vor Überfremdung geschürt werden soll.

Wie bereits beschrieben stützt sich *Die Freiheit* auf Traditionen und Werte, die "aus der christlich-jüdischen Kultur" erwachsen sind. Entsprechend dieser Denkart steht die Partei anderen Kulturen und Religionen feindlich gegenüber. Interessant ist dabei, dass in ihrem Programm nur eine einzige Religion Erwähnung findet: der Islam. Gleich zu Anfang wird ihm eine prinzipielle Gefahr für die Demokratie und Sicherheit in Deutschland unterstellt. So heißt es: "Ausgehend von dem Wissen, dass der Islam nicht nur eine Religion, sondern vor allem eine politische Ideologie ist, fordern wir eine Überprüfung aller in Deutschland aktiven islamischen Vereine und Verbände auf ihre Verfassungs- und Rechtstreue, auf ihren Einfluss auf die Integrationsverweigerung und auf ihre Verbindungen zu islamischen Ländern" (S. 17). Ziel sei es, "den Missbrauch der Religionsfreiheit" zu unterbinden. Von Imamen solle zudem ein "schriftliches, eidesstattliches Bekenntnis" eingeholt werden, mit welchem sie zustimmen, "dass alle gültigen Rechtsnormen stets und generell über dem religiösen und islamischen Recht stehen und dass die Scharia hier keine Gültigkeit hat" (ebd.). Darüber hinaus fordert *Die Freiheit* eine Modifizierung des Baurechts für Moscheen, da die darin durchgeführten Veranstaltungen die Integration in ihren Augen "oft massiv behindern und zur Entstehung oder zur Festigung von Parallelgesellschaften führen" (ebd.). Abschließend hält die Partei siegessicher fest: "Wir setzen uns mit aller Kraft gegen die Islamisierung unseres Landes ein."

Im Programm von *pro Deutschland* finden religiöse Themen oder gar der Islam nur beiläufig Beachtung. So heißt es unter dem Punkt "Ausländerpolitik" lediglich auf zweieinhalb Zeilen: "Vereinigungen von religiösen Fanatikern, die das deutsche Grundgesetz missachten, gehören verboten und aufgelöst. Islamistische Hassprediger müssen unverzüglich aus Deutschland ausgewiesen werden." (S. 2) In diesem kurzen Statement verbirgt sich dennoch eine enorme Sprengkraft. So sorgte die Partei beispielsweise im Herbst 2012 für enormes Aufsehen, als sie ankündigte, den umstrittenen Schmähdokument über den Propheten Mohammed in voller Länge aufführen zu wollen. Derartige Aktionen untermauern die Position von *pro Deutschland* zum Thema Islam und zeigen den BürgerInnen in aller Deutlichkeit, wie die Partei ihre Grundsätze auszulegen pflegt.

Ähnlich, aber um Längen nicht so intensiv, verhält es sich bei der *Alternative für Deutschland*. In ihrem Programm verliert sie nicht ein einziges Wort über eine Religion, geschweige denn über den Islam. Allein am Programm gemessen kann ihr demnach keine islamfeindliche Haltung angerechnet werden. Aufgrund zwiespältiger Parteikarrieren wie auch Aussagen einzelner AfD-Mitglieder und der auffällig wohlwollenden Berichterstattung einiger rechtspopulistischer Online-Medien (neben Politically Incorrect zum Beispiel auch blu-News) wird ihr jedoch immer wieder das Gegenteil vorgeworfen. Bernd Lucke wird diesbezüglich nicht müde, zu betonen, dass Ausländer- wie auch Islamfeindlichkeit "keine Position[en] der Partei" seien (Stein 2013).

3.2.4 Europäische Union und Euro

In ihren Programmen beschreiben die drei Parteien ihre Kritik an den verschiedenen politischen und finanziellen Aspekten der europäischen Integration - im Gegensatz zu den bisher beleuchteten Themenbereichen - mit aller Ausführlichkeit. So besteht *Die Freiheit* im Hinblick auf die demokratische Legitimation der Europäischen Union auf "einem bundesweiten Referendum [sic!] über jegliche Kompetenzübertragung an die EU mit der Option, über die Rücknahme der Kompetenzen ebenfalls im Nachhinein entscheiden zu können" (S. 22). Ebenso möchte die Partei "das Volk über jede bisher angestellte und jede weitere finanzielle Hilfe für andere EU Staaten verbindlich abstimmen lassen". Bezüglich des

ESM heißt es: "Wir werten die Übertragung von Deutschlands Finanzhoheit an den Europäischen Stabilisierungsmechanismus als ein Staatsstreich durch die derzeit Regierenden zu Lasten des deutschen Volkes und fordern den sofortigen Ausstieg aus diesem vom Volk nicht legitimierten Vertrag." (ebd.) Zudem fordert *Die Freiheit* die Abschaffung des Euro in seiner jetzigen Form, da er das "Ende[s] der jetzigen Nationalstaaten entgegen dem Willen der europäischen Völker" zwangsläufig nach sich ziehe (ebd.). So hätte er sich "in Form der Alleinwährung als nicht tragfähig erwiesen, sondern war und ist Nährboden für gigantische Krisen". Einen konkreten Gegenvorschlag zum Euro bietet *Die Freiheit* jedoch nicht. Vielmehr möchte sie sich "das künftige System offen halten", wobei "ein Nord-Süd-Euro, die Rückkehr zu nationalen Währungen oder eine andere, jedoch risikoarme Lösung" zur Debatte stehen. Schließlich fordert die Partei die vollständige Wiederherstellung des "Recht[es] auf eine unbefristete Schließung der Landesgrenzen im Bedarfsfall" im Sinne der "vollen, uneingeschränkten Souveränität Deutschlands und des deutschen Volkes" (ebd.). Was dabei unter einem "Bedarfsfall" zu verstehen ist, bleibt ungeklärt.

Im Grunde hat *pro Deutschland* ihre euroskeptische Haltung bereits mit ihrer anfänglichen Bemerkung, die Altparteien hätten sich "für die Interessen der Globalisierer entschieden" und wollten "Deutschland in der Europäischen Union auflösen" (S. 1), mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Wie für rechtspopulistische Parteien typisch kann dies im Hinblick auf den angestrebten Erhalt bzw. die Rückgewinnung nationaler Souveränitätsrechte betrachtet werden. Im Zuge der Demokratiestärkung fordert *pro Deutschland* auch, die BürgerInnen "insbesondere auf kommunaler Ebene [...] nachhaltiger in die Entscheidungsprozesse einzubinden" (S. 2). Dies könne beispielsweise durch Kampagnen und Petitionen geschehen wie sie auf der Internetseite der Partei ausführlich beschrieben werden. In Sachen Währungsfragen beschuldigt *pro Deutschland* abschließend abermals die Altparteien: diese hätten "die einst stabile deutsche Währung [...] bereits aufgegeben" (S. 1). Die Partei lässt jedoch offen, welche konkreten Maßnahmen sie stattdessen präferieren würde.

Auch die *Alternative für Deutschland* äußert sich kritisch zur EU und insbesondere zum Euro. Im Sinne ihres Selbstverständnisses stellt die "Anti-Euro-Partei" ihre währungspolitischen Forderungen gleich an erste Stelle ihres Wahlprogrammes. In aller Deutlichkeit heißt es dort: "Wir fordern eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes. Deutschland braucht den Euro nicht. Anderen Ländern schadet der Euro." (S. 1) Stattdessen plädiert die Partei für "die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde". Auch darf ihrer Ansicht nach "die Wiedereinführung der DM [...] kein Tabu sein" [Anm. d. Verf.: man achte auf die für Populisten typische Wortwahl!]. Für die Realisierung dieser Forderungen müssten die Europäischen Verträge geändert werden, sodass jedes Volk demokratisch über seine Währung entscheiden dürfte. Bezüglich des ESM soll Deutschland alle weiteren Hilfskredite mit seinem Veto blockieren (ebd.). Zudem fordert die AfD, "dass die Kosten der sogenannten Rettungs-politik nicht vom Steuerzahler getragen werden. Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik. Sie müssen zuerst dafür geradestehen." (ebd.)

Etwas milder hält die AfD unter dem Punkt Europapolitik fest: "Wir bejahen ein Europa souveräner Staaten mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wir wollen in Freundschaft und guter Nachbarschaft zusammenleben." (S. 1) Die Partei lehnt die Idee der EU demnach nicht grundsätzlich ab, sondern kritisiert die Intensität der europäischen Einigung. Sie fordert daher auch, dass die "Gesetzgebungskompetenzen zurück zu den nationalen Parlamenten verlagert werden" (S. 2). Eine solche Rückübertragung würde die Errungenschaften der supranationalen Organisation jedoch deutlich schwächen und einen Rückschritt für die moderne europäische Integration bedeuten. Abschließend erweckt ihre Forderung nach einer EU-Reform mit dem Ziel, "die Brüsseler Bürokratie und Transparenz und Bürgernähe zu fördern" (ebd.), keinen sonderlich innovativen Eindruck - vielmehr reiht sich die AfD mit ihr in die Riege vieler anderer populistischer Parteien ein.

4. Fazit

Durch die Inhaltsanalyse ist deutlich geworden, dass die drei Parteien nahezu gleiche Themen aufgreifen, um auf sich aufmerksam zu machen. Mit diesen wollen sie inhaltliche

Tabus in der Politik aufbrechen und sich bewusst von den etablierten Parteien abgrenzen. Inhaltlich kritisieren *Die Freiheit* und *pro Deutschland* vor allem die vermeintlich kriminellen und/ oder islamistischen Ausländer, die sie für jegliche sozialen Missstände in ihrem Land sowie die Zerstörung der nationalen Kultur verantwortlich machen. Das eigene Volk wird dabei als Sündenbock dargestellt, das für alle Fehler bezahlen muss. Demgegenüber thematisiert die *Alternative für Deutschland* eher Probleme auf europäischer Ebene und hält sich im Hinblick auf andere Themen (vor allem Religion) bisher bedeckt. Sie kann demnach nicht unstrittig als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Dennoch lassen sich viele Merkmale einer populistisch agierenden Partei bei ihr wiederfinden, und zwar wenn Populismus als *Politikstil* verstanden wird. So versteht es die AfD zweifelsohne, aktuelle Themen, die in den Medien und in der Öffentlichkeit diskutiert werden, populistisch aufzugreifen und für sich zu instrumentalisieren (vor allem Euro-Krise und Hilfspakete). Es bleibt abzuwarten, ob sich die AfD von ihrer inhaltlichen Einseitigkeit entsagen kann ohne in das "rechte" Parteienspektrum zu geraten.

Zudem hat sich bestätigt, dass jede der analysierten Parteien den BürgerInnen "einfache Lösungen" bietet (wie die Abschiebung von kriminellen Ausländern oder die Auflösung des Euro-Währungsgebietes). Diese Positionen sind der Propaganda der Nationalsozialisten zum Verwechseln ähnlich. So findet sich beispielsweise im Parteiprogramm der NPD ebenso wie in dem von *pro Deutschland* die Forderung, kriminelle Ausländer abzuschicken und ihnen ein lebenslanges Einreiseverbot zu verhängen (o.V. 2013i: 18). An diesem Beispiel wird die Gefahr, die durch die Rechtspopulisten ausgeht, ein weiteres Mal deutlich: durch ihr rechtspopulistisches Agenda Setting werden fremdenfeindliche und rassistische Forderungen kontinuierlich im öffentlichen Bewusstsein etabliert, sie werden "Normalität". Dies kann unterschwellig dazu führen, dass die Zustimmung (von Teilen) der Bevölkerung zu den etablierten demokratischen Parteien geschwächt und der ideologische Abstand zu rechtsextremen Parteien abgebaut wird.

Zwar sind alle Parteien bisher ohne politische Repräsentation, doch stellen vor allem ihre vergleichsweise neuen, euroskeptischen Positionen ein großes Potenzial dar. Insbesondere die *Alternative für Deutschland* darf im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013 nicht

unterschätzt werden. Mit ihren eurofeindlichen Forderungen trifft sie den "Nerv" vieler BürgerInnen, die ihr Vertrauen in den EU-Kurs der etablierten Parteien verloren haben. Gefährlich ist diese Art von Euroskepsis daher, da sie im Falle der Zustimmung das Tor zu weiteren, fremdenfeindlichen Positionen öffnen kann. So bedeutet die Auflösung des gemeinsamen EU-Währungsgebietes auch ein Stück weit eine Abkehr von der Idee der europäischen Integration. Ein zu starker Fokus auf die nationalen Souveränitätsrechte kann zudem nicht nur die Diskriminierung ethnischer und kultureller Minderheiten befördern, sondern auch die Demokratieunterstützung innerhalb der Bevölkerung gefährden.

Abschließend gilt es festzuhalten, dass rechtspopulistischen Mobilisierungserfolge im Grunde genommen ein Krisensymptom der liberalen Demokratie sind - nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. So thematisierten Populisten meist Probleme und Ängste der Bevölkerung, die von den traditionellen (Regierungs-)Parteien nicht oder nur unzureichend beachtet werden. Wie bereits gezeigt bieten sie den Menschen mit ihren *simple messages* leicht verständliche, vermeintliche Lösungen für komplexe Sachverhalte. Die Aufgabe der etablierten Parteien ist es demnach, populistische Bewegungen ernst zu nehmen, zum Beispiel als eine Art "Frühwarnsystem", und die Ängste der Bevölkerung, die die Populisten instrumentalisieren, aufzugreifen.

5. Literatur

Bachmann, Klaus (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa, in: Decker, Frank (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 216-232.

Bauer, Werner T. (2012): *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*, Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.

Bayer, József (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31. Jg., H. 3, S. 265-280.

Buschbom, Jan (2011): *Rechtspopulismus. Argumente und pädagogische Annäherung*, Berlin: Violence Prevention Network e.V.

Decker, Frank (2004): *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen: Leske und Budrich.

Decker, Frank (2006): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-32.

Dubiel, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus, in: Ders. (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 33-50.

Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (2005): Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa: Vergleichende Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Forschung, in:

Dies. (Hrsg.): *Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien: Braumüller, S. 3-34.

Fuchs, F./ Kolb, M. (2010): Zwischen Geert Wilders und Martin Luther, in: *Süddeutsche vom 23.07.2010*, online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/cdu-berlin-rene-stadtkewitz-zwischen-wilders-und-luther-1.978765> (13.06.2013).

Hartleb, Florian (2004): *Rechts- und Linkspopulismus: Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hartleb, Florian (2011): *Nach ihrer Etablierung – Rechtspopulistische Parteien in Europa. Begriff – Strategie – Wirkung*, Sankt Augustin/ Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Hübner, Wolfgang (2012): Die "NSU"-Morde werden politisch instrumentalisiert!, in: *Freie Wähler Frankfurt*, online: <http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408> (27.06.2013)

Ignazi, Piero (2003): *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford: Oxford University Press.

Jungwirth, Michael (2002): Rebellen und Rattenfänger, in: Jungwirth, Michael (Hrsg.): *Haider, Le Pen & Co.: Europas Rechtspopulisten*, Graz: Styria, S. 7-23.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, 39. Jg., H. 4, S. 541-563.

Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.

O.V. (2013a): Zur Geschichte von 'Bürgerbewegung Pax Europa', in: *Bürgerbewegung Pax Europa*, online: <http://buergerbewegung-pax-europa.de/verein/geschichte.php> (13.06.2013).

O.V. (2013b): Über uns, in: *Die Freiheit*, online: <http://diefreiheit.org/home/uber-uns/> (13.06.2013).

O.V. (2013c): Leitlinien, in: *Politically Incorrect*, online: <http://www.pi-news.net/leitlinien/> (14.06.2013).

O.V. (2013d): *Grundsatzprogramm 2.0. Die Freiheit. 23.02.2013. Kurzversion*, online: <http://diefreiheit.org/home/wp-content/uploads/2013/03/Grundsatzprogramm-2.o-Endversion-1.pdf> (14.06.2013).

O.V. (2013e): Konzept, in: *Bürgerbewegung pro Deutschland*, online: http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (18.06.2013).

O.V. (2013f): *Bürgerbewegung pro Deutschland. Programm*, online: <http://www.pro-deutschland-online.de/images/programm.pdf> (18.06.2013).

O.V. (2013g): *Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013*, online: <https://www.alternativefuer.de/pdf/Wahlprogramm-AFD.pdf> (25.06.2013).

O.V. (2013h): *Alternative für Deutschland*, online: <https://www.alternativefuer.de/de/> (28.06.2013).

O.V. (2013i): *Das Parteiprogramm der NPD. Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 04./05.06.2010 in Bamberg*, online: http://www.npd.de/inhalte/daten/dateiablage/br_parteiprogramm_a4.pdf (24.07.2013).

Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62. Jg., H. 5-6, S. 3-9.

Reisigl, Martin (2005): Oppositioneller und regierender Rechtspopulismus: Rhetorische Strategien und diskursive Dynamiken in der Demokratie, in: Frölich-Steffen,

Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.): *Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien: Braumüller, S. 51-68.

Schönfelder, Sven (2008): *Rechtspopulismus. Teil Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, Schwalbach/ Ts.: Wochenschau Verlag.

Stein, Timo (2013): "Wir lehnen Ausländerfeindlichkeit ab", in: Cicero Online, online: <http://www.cicero.de/berliner-republik/alternative-fuer-deutschland-lucke-wir-lehnen-auslaenderfeindlichkeit-ab/54127> (17.07.2013).

Taggart, Paul (2000): *Populism*, Buckingham: Open University Press.